

# Schwarzwälder Tageszeitung

## „Aus den Tannen“

Fernsprecher  
2111



Wirtsblatt für den Bezirk Nagold und für Altensteig-Stadt. Allgemeiner Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw und Freudenstadt

Abonnementspreis: Im Monat Juni 8.000 M., mit Zustellungsgebühr. Ein einzelnes Exemplar 500 M. Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum 750 M., die Meldezeile 1800 M., Mindestbetrag eines Auftrags 2000 M. Bei Wiederholung Rabatt. Bei Zahlungsvorgang ist der Rabatt einfügig.

Nr. 160.

Altensteig, Freitag den 18. Juli.

Jahrgang 1928

### Was ein Amerikaner sah.

Unter den namhaften Amerikanern, die in der letzten Zeit die Entschädigungsfrage an Ort und Stelle geprüft haben, nimmt den ersten Platz der frühere Vertreter Amerikas in der Rheinlandkommission Pierrepoint B. Hayes ein. Er begann seine Studienreise in Paris und mußte dort, wie er jetzt in einer Artikelserie im Londoner Outlook darlegt, feststellen, daß man sich einbilde, daß Deutschland in kurzer Zeit kapitulieren werde. Von dieser Meinung ist Hayes schnell und gründlich geheilt worden, als er selber an den Rhein und ins Ruhrgebiet kam. „Ich habe“, schreibt er, „mit meinen früheren Kollegen in der Rheinlandkommission und mit französischen Kommandanten gesprochen. Ich habe auf der deutschen Seite Großindustrielle, Arbeiterführer, einfache Arbeiter, Regierungsbeamte, Bürgermeister und Geistliche gefragt. Ich habe über eines vollkommenen Klatsch gewonnen: Die Franzosen sind im Irrtum, wenn sie an eine baldige Kapitulation Deutschlands glauben, denn der passive Widerstand nimmt eher zu als ab. Man kann sogar behaupten, daß die Arbeiter sich heute am entschlossensten zeigen, den Kampf bis zum Ende auszukämpfen. In Frankreich sagte man mir nämlich, daß die Arbeiter nur zu gerne wieder zur Arbeit zurückkehren würden, wenn nur die Berliner Regierung sie anfordere, den positiven Widerstand einzustellen. Aber wir haben die Arbeiter sowohl wie ihre Führer in ganz unmissverständlicher Weise klargestellt, daß sie keinerlei Wert für Frankreich tun würden, solange noch ein französischer Soldat an der Ruhr stünde, und diese Haltung ist mir von allen Seiten bestätigt worden. Ein englischer Beamter erzählte mir, was ihm ein Lokomotivführer gesagt hat, der 45 Jahre im Dienste ist, und den er seit längerer Zeit kennt. Dieser Mann erklärte ihm: „Vor ein paar Monaten war ich bereit, den Kampf aufzugeben und für die Franzosen zu arbeiten. Ich habe ein eigenes Haus, ein Stückchen Land, zwei Schweine und ein paar Hühner. Ich weiß, daß man mir das alles nehmen wird, aber ich frage jetzt nichts mehr danach. Ich werde niemals für die Franzosen arbeiten, solange sie nicht von der Ruhr weggehen und uns Deutsche als Menschen behandeln.“

Wie es kommt, daß die Franzosen noch immer auf eine deutsche Kapitulation hoffen, erklärt sich Hayes auf zweifache Weise. Zum ersten sind die Beziehungen zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer in Deutschland und namentlich an der Ruhr so demokratisch entwickelt worden, wie man es weder in England noch Amerika kennt, wie es sich ein Franzose überhaupt nicht vorstellen kann, da zwischen Arbeit und Kapital in Frankreich fast gar kein Gemeinschaftsgeist besteht. Die Arbeiter im Ruhrgebiet sehen ihre Arbeitsstätte ebenso sehr als ihre eigene Angelegenheit an, wie es die Unternehmer tun. Das führt im jetzigen Falle zu einer Einheitsfront gegen Frankreich, die man dort gar nicht versteht. „Die Franzosen haben versucht“, fährt Hayes fort, „die Kommunisten auf ihre Seite zu bringen und es hat ja auch einige kommunistische Unruhen in letzter Zeit gegeben. Aber auch mit den Kommunisten werden die Franzosen ihre Enttäuschung erleben. Der andere Grund aber, warum die Franzosen sich verrechnen, ist ihre Unfähigkeit, sich in den Geist eines andern Volkes zu versetzen. Sonst hätten sie längst erkennen müssen, daß die Verschärfung ihres Regiments, die Zunahme der Ausweisungen und Beschlagnahmen, nur die Wirkung haben konnte, den passiven Widerstand zu verstärken. Ein Amerikaner, der in Belgien während der ersten Kriegsjahre mit der Verteilung von Lebensmitteln an die Bevölkerung beschäftigt war und der in den letzten fünf Monaten die Vorgänge an der Ruhr und im Rheinland beobachtet hat, erklärte mir: „Nichts was die Deutschen in Belgien getan haben, hat solch allgemeines Mitleid unter den einfachen Leuten hervorgerufen, wie das jetzige Verhalten der Franzosen am besetzten Gebiete.“ Jedenfalls ist es eine Tatsache, daß die Lage der Arbeiterschaft im besetzten Deutschland immer mehr der eines kriegerisch unterworfenen Volkes sich nähert und es ist nur natürlich, daß der Arbeiter, statt sich seinen Unterdrückern zu beugen, entschlossen ist, über kämpfend zu sterben, wie mir immer gesagt wurde, ein Sklave Frankreichs zu werden.“

Herr Hayes fährt des weitern Klage darüber, daß in England und Amerika die Wahrheit über die Lage an der Ruhr und im Rheinland so wenig bekannt ist, und für Amerika erlaubt er den Grund hierfür in der Vorliebe

seines Volkes für Frankreich zu erkennen, eine Vorliebe, welche die amerikanischen Berichterstatter verführt, gänzlich haltlose oder gar entstellte Berichte nach Amerika zu senden. „Niemand kann“, so schreibt Hayes seinen Bericht, „sehen, was ich gesehen habe, und unbewegt bleiben. Es ist alles nur die Bestätigung dessen, was ich vor drei Jahren vorausgesagt habe, falls die Politik Poincarés zur Herrschaft käme: Militärische Besetzung ist nichts als Fortsetzung des Krieges. Gewiß sind die Kommunisten kein ernsthafter Faktor in der Lage, aber der Kampf zwischen einer entschlossenen fremden Militärmacht und einem zwar waffenlosen, aber ebenso entschlossenen Volk kann sehr leicht zu einer sozialen Katastrophe führen, die ebenso schlimm ist wie die russische, wenn sie ihre auch nicht in allen Punkten gleicht. Es wird gewiß keinen Bolschewismus russischer Art in Deutschland geben, aber es kann zu einem solchen Zusammenbruch der sozialen Ordnung kommen, daß Deutschland ruiniert wird und Frankreich, England und selbst die Vereinigten Staaten schweren Schaden davon haben.“

### Die heimliche Devisenzentrale.

(Von unserem Berliner Mitarbeiter.)

Ein Vergleich der beiden Stützungsaktionen der Reichsbank in den Monaten Februar-März und Juni-Juli ergibt einen auffallenden Unterschied. Damals folgten die Notierungen der Mark an den Auslandsbörsen der Marknotierung an der Berliner Börse, heute ergibt sich zwischen den Kursen der Berliner Börse und den Auslandsbörsen ein recht beträchtlicher Unterschied. Dies beweist in erster Linie, daß Deutschland in der Zwischenzeit an Kreditwürdigkeit im Ausland erheblich eingebüßt hat, und zwar nicht nur in Amerika, sondern auch in den übrigen hochzivilisierten Ländern der Welt, denn die vorhin erwähnte Kursdifferenz ergibt sich ähnlich wie beim Dollar auch beim englischen Pfund, beim holländischen Gulden und beim Schweizer Franken.

Woher kommt dies trotz einer Reihe von Devisenverordnungen und wirtschaftspolitischer Maßnahmen, die von der deutschen Regierung vorgenommen wurden? Selbstverständlich schänt das Ausland unsere Widerstandskraft heute geringer ein, als im Februar-März, wo die Ruhrbesetzung erst 1-2 Monate dauerte, das Ruhrgebiet also noch teilweise arbeitete, während heute nach einem halben Jahr wüster Zerstörungspolitik durch die Franzosen und Belgier die komplizierte Maschinerie des Ruhrreviers stillsteht und für die volkswirtschaftliche Leistung und Ertragsfähigkeit fast ausfällt. Der teilweise Leerlauf der deutschen Wirtschaft bedingt aber, um dem Volke die Existenzmöglichkeit zu sichern, einen außerordentlich hohen, sich immer mehr steigenden Einfuhrbedarf, dem eine Abnahme der Ausfuhr gegenübersteht. Unter dieser Ausfuhr soll Ausfuhr im weitesten Sinne, nicht nur die Warenausfuhr verstanden werden. Um die Einfuhr zu sichern und zu verbilligen, hat die Reichsregierung eine Reihe von Devisenverordnungen erlassen, die in ihrer Gesamtheit nichts anderes als eine — wenn auch nur heimliche — Devisenzentrale bedeuten. Voraussetzung einer solchen Zentralisierung des Devisenhandels ist aber, daß die Reichsbank den dringendsten Bedarf an Devisenmaterial bestreiten, zum mindesten die Beträge an fremden Zahlungsmitteln zur Verfügung stellen kann, die im „legalen“ Devisenhandel nicht aufgebracht werden (da nicht genug Material an den Markt kommt), weil der Devisenfreiverkehr verboten ist. Statt dessen erlegt man schärfste Repartierungen, die wichtigsten Devisen werden nur zu 3 bis 5 Prozent zugute. Das bedeutet, daß nur 3-5 Prozent unserer ausländischen Schulden abgedeckt werden können, ein Vorgang, der unsere Kreditwürdigkeit und das Ansehen des deutschen Kaufmannes in der Welt sicherlich nicht erhöht. Fährt man in dieser Weise fort, so heißt das nicht mehr und nicht weniger, als daß die wichtigsten Rohstoffe und Lebensmittel nur zu 3-5 Prozent der Handlungsfähigkeit werden können. Die Folgen liegen auf der Hand.

Die außenpolitische Lage ist aber nur ein Grund für die verschlechte Stützungsaktion. Natürlich kann der künstliche Kurs der Mark nur bestimmte Zeit gehalten werden, das ist klar. Die immanenten Gesetze der Wirtschaft lassen sich nicht verewaldigen. Ebenso selbstverständlich ist, daß dieser politische Kurs der deutschen Valuta mit Rücksicht auf unsere innenpolitische und außenpolitische Lage möglichst lange — wenn auch unter großen

Opfern — gehalten werden sollte. Darüber kann es keine Meinungsverschiedenheit geben. Das enthebt uns aber nicht der Untersuchung, ob wir Fehler gemacht haben, und ob die Methode der Aktion die richtige war. Die bisher gehandhabte Methode hat sich als unzulänglich erwiesen.

Der Notendruck ist in einer Weise gemacht worden, daß die Mark allmählich ausgehöhlt werden mußte. Das Reich hätte die regulären Einnahmequellen viel härter heranziehen müssen, als es geschehen ist. Unsere Steuerpolitik, noch mehr unsere Steuergesetzgebung muß reformiert werden. Weiterhin mußte Kaufkraft aus dem Markt genommen werden, wenn nicht anders durch eine wertbeständige Anleihe, die in Papiermark einzuzahlen wäre. Die Namen und Beträge der Anleihezeichner wären zu veröffentlichen. Die Beamtenbesoldung müßte längst anders geregelt werden (vierteljährsvorauszahlungen). Die auf diese Weise verringerte Kaufkraft der Bevölkerung hätte andererseits Waren zur Ausfuhr freigegeben, die nimmere im Inlande verbraucht werden, und sonst aber Devisen eingebracht hätten. Je höher der Preis für ausländische Zahlungsmittel, umso mehr ist die Kaufkraft auf dem Inlandsmarkt einzuschränken. Ueber diese fundamentale Tatsache hat man hinweggesehen. Eine andere Unterlassungssünde ist die falsche Kreditpolitik der Reichsbank. Kreditrestriktionen helfen hier nicht, sie sind oft angerecht. Verteuerung des Kredits bei gleicher Unterlegung der Heraussetzung der Kreditfänge der Privatbanken ist das einzige Mittel.

Die heimliche Devisenzentrale hat nicht das gebracht, sie konnte es auch nicht bringen, was man sich von ihr versprochen hatte. Als isolierte Maßnahme konnte sie nicht wirken. Sie droffelt unsere notwendige Einfuhr, verflacht den Arbitrageuren in Devisen große Gewinne und der vollkommene Zusammenbruch dieser Einrichtung wird uns in eine Tiefe stürzen, die heute niemand ahnen kann, — wenn der politische Himmel sich inzwischen nicht aufhebt. Einstweilen geht die zermalmen der Feuerungswelle über unser gequältes Vaterland hin wie eine Springflut. Die Reichsregierung muß sich zu einem energischen operativen Eingriff entschließen, sonst wird aus der heimlichen Devisenzentrale eine unheimliche, der deutschen Valuta droht ein noch viel schmerzlicher Tag als der 18. April es war, über den man sich in der Untersuchungskommission über die Stützungsaktion im Februar-März immer noch den Kopf zerbricht.

### Poincare als Urheber der bayerischen Verschwörung.

Aus der Urteilsbegründung im Fuchs-Prozess. Die Urteilsbegründung im Münchener Fuchs-Prozess umfaßt 408 Schreibmaschinenseiten. Zunächst wird der Einwand der Verteidigung über die vermeintliche Ungültigkeit der bayerischen Volksgerichte zurückgewiesen und erklärt, daß sie schon nach dem Gesetz von 1870 rechtlich begründet sind. Das Urkundenmaterial gegen die Beschuldigten und Angeklagten ist so erdrückend, daß es die Zeugenaussagen völlig entbehrlich mache. Auch die freiwillig aus dem Leben geschiedenen Angeeschuldigten Dr. Kühles und Nachhaus seien trotz ihrer hinterlassenen Anschuldsbetuerungen restlos überführt. Der französische Generalstabsmajor Richert wird auf Grund der Zeugenaussagen als Verwandlungskünstler ersten Ranges bezeichnet. Die 100 Millionen erhielt er von der französischen Regierung, um die Einheit des Deutschen Reiches zu sprengen.

Richert war eine hochoffizielle Persönlichkeit, der besondere Vertraute des französischen Ministerpräsidenten Poincare, des französischen Generalstabes und des Generals Degouttes, des Leiters der Ruhraktion. Der Urheber dieses Reichszerstückelungsprozesses sei somit die französische Staatsregierung und ihr Ministerpräsident Poincare.

Richert habe volle sechs Monate an dem Werk des bayerischen Umsturzes gearbeitet. Erwiefen ist: Die französische Regierung plante das Unternehmen im engsten zeitlichen Zusammenhang mit der französischen Ruhraktion durchzuführen. Die französische Rhein- und Ruhr-Armee hatte den Befehl, im Augenblick des bayerischenputsches den Vormarsch von Frankfurt a. M. bis Hof mit der französischen Ruhraktion durchzuführen, und dadurch den Norden zum deut-



sehen Säden zu trennen. Das bayerische Umsturzunternehmen sollte den Scheinrand liefern für die französische Besetzung der Mainlinie. Das Unternehmen des Richert mit Fuchs und Machaus hatte den Zweck, 1. unter gewalttätiger Beseitigung der Staatsverfassung in Bayern eine Freischaren-Diktatur zu errichten; 2. gleichzeitig Bayern unter gewalttätiger Loslösung vom Reich zu einem Vasallenstaat Frankreichs zu machen und dadurch 3. das Deutsche Reich dauernd zu zerstören.

Der letzte Teil der Urteilsbegründung befahte sich mit der Charakteristik der Beschuldigten. Fuchs, mit vielseitigen Geistesgaben, ist charakteristisch, ehrgeizig, rühmsüchtig, eitel und skrupellos, dazu durch den Krieg wirtschaftlich entwürzelt. Fuchs ist kein Phantast, sondern ein zielbewusster politischer Heuschler und Betrüger. Dr. Kühles war phantastischer Separatist, moralisch und strafrechtlich Hochverräter. Machaus, durch den Krieg entwürzelt, ist aus einem Franzosenhasser zum bezahlten Werkzeug geworden.

Zum Versuch, den Richert dem Kronprinzen Rupprecht zuzuführen, erkannte das Gericht: Die Hauptverhandlung hat den unumstößlichen Beweis dafür erbracht, daß Kronprinz Rupprecht von der offiziellen Sendung des Richert zu ihm nichts wußte und daß der Kronprinz also an diesem gesamten verdächtigen Tatsachenkomplex vollständig unschuldig ist. Der reichstreue Kronprinz hat sich geweigert, Richert zu empfangen, und er hat sofort durch seinen Kabinettschef, den Grafen Soden, gegen Fuchs und Richert bei der Polizeidirektion München Anzeige erlassen lassen. Die schroffe Zurückweisung des Richert durch den Kronprinzen Rupprecht hat ferner die Franzosen wohl überzeugt, daß des Kronprinzen Begegnung in einen Separationsplan überhaupt nicht einbezogen werden kann.

## Neues vom Tage.

### Namen von Verrätern.

Berlin, 12. Juli. Reichsfinanzminister Dr. Hermès hat folgenden Aufruf an die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung erlassen:

Am 10. Juli 1923 sind es über 6 Monate, daß der schwere Kampf um den Bestand des Vaterlandes und um die deutsche Ehre am Rhein und Ruhr begonnen hat. Wie in den ersten Tagen, so stehen auch heute die Angehörigen der Reichsfinanzverwaltung in Treue zum Vaterland. Bis anfangs Juli sind weit über 100 Angehörige der Reichsfinanzverwaltung mit ihren Familien aus dem besetzten Gebiet ausgewiesen worden. Alle Weiden haben nicht vermocht, den Widerstand zu beugen. Nur wenige haben ihr Vaterland verraten und sind um persönlicher Vorteile willen in den Dienst des Feindes getreten. Ihre Namen seien für alle Zeiten festgesetzt. Es sind: Oberzolllamantmann Sotlan Richter, früher Reichstagsabgeordneter für Germersheim und Bergzabern, Hauptzolllant Landau-Pfalz; Oberzolllamant Puhl, Hauptzolllant in Raltenkirchen; Zollsekretär M. Schlappe, Zollamt Zweibrücken; Zollassistent Karl Wolf aus Ballhausen, Hauptzolllant Kreuznach; Zollbetriebsassistent Ludwig Böhn, Hauptzolllant Kaiserslautern; Zollgrenzangestellter Mabus, Ballhausen, Hauptzolllant Kreuznach.

Allen anderen aber, denen, die aus Heimat vertrieben wurden, denen, die in feindlichen Gefängnissen unschuldig zurückgehalten worden sind, denen, die an Ruhr und Rhein in zäher Abwehr treu aushalten, spreche ich erneut den aufrichtigsten Dank des Vaterlandes aus.

### Wertbeständige Löhne.

Berlin, 12. Juli. Zwischen dem Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter und der Berliner Stadtgüter G. m. b. H. ist in Bezug auf die Entlohnung der Gutsarbeiter vereinbart worden, daß vom 2. Juli an

wertbeständige Löhne auf der Roggengrundlage eingeführt werden. Als Stundenlohn wird für jede Kategorie der Arbeiter eine bestimmte Roggenmenge festgesetzt, die nicht in Natura, sondern in einer Barzahlung zur Auszahlung gelangt. Der Wert des Roggens wird bestimmt nach dem wöchentlichen Durchschnitt der täglichen Börsenbörsennotiz in der Arbeitswoche.

Berlin, 12. Juli. Wie der „Vorwärts“ mitteilt, beginnen am kommenden Montag im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zur Schaffung wertbeständiger Löhne im Bergbau. Bei diesen Verhandlungen wird man sich im wesentlichen auf die Wertbeständigkeitsvereinbarung über die Löhne bei der Berliner Metallindustrie stützen.

### Die Zahl der Einbrecher.

Berlin, 12. Juli. Nach den Angaben von unterrichteter Seite liegt im Ruhrgebiet, das nun volle sechs Monate widerrechtlich besetzt ist, eine Armee von 87 000 Mann aller Waffengattungen, davon 80 000 Franzosen und 7 000 Belgier. Im altbesetzten Gebiet stehen außerdem 97 000 Franzosen und 17 000 Belgier. Ferner sind in das Ruhrgebiet 10 000 französische und 1 000 belgische Eisenbahner entsandt worden.

### Das Ende des Berliner Metallarbeiterstreiks.

Berlin, 12. Juli. Die Abstimmung der Berliner Metallarbeiter hat die Annahme des Einigungsvorschlages des Reichsarbeitsministeriums gebracht. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt am Freitag. Nach der getroffenen Vereinbarung wird für die Zeit vom 9. bis 15. Juli der Höchststundenlohn für männliche Arbeiter über 21 Jahre in der Klasse 1 auf 12 500 M. und für die Woche vom 2. bis 8. Juli auf 9 800 M. festgesetzt. Die Löhne der übrigen Gruppen und Klassen werden um den gleichen Hundertsatz erhöht. Die Arbeiter erhalten feste Stundenzuschläge, entsprechend der Erhöhung der Stundenlöhne der gleichen Klasse. Mit Wirkung vom 16. Juli ds. Js. werden die Arbeiter auf Grund neuer Tarifverträge in bisher üblicher Weise umgerechnet. Für beide Wochen beträgt die Frauenzulage 250 M., die Kinderzulage für jedes Kind 500 M. pro Stunde.

### Die Rheinischen Stahlwerke erneut besetzt.

Essen, 12. Juli. Die Rheinischen Stahlwerke in Duisburg-Weiblich sind erneut besetzt worden.

### Limburg erneut besetzt.

Limburg, 12. Juli. Limburg ist erneut besetzt worden und von den Franzosen zur Garnison erklärt worden. Das Gymnasium wurde Kaserne. Der Telefonverkehr ist gesperrt.

### Eine Halbjahrskritik der Ruhr.

Berlin, 12. Juli. Aus den bisher von deutscher, halbamtlicher Seite veröffentlichten Ergebnissen des Ruhrereindrucks sei folgendes mitgeteilt. Durch französische und belgische Truppen wurden 93 Deutsche hingerichtet, 9 Deutsche wurden zum Tode verurteilt, Schlageter wurde hingerichtet. Die Gesamthöhe der Freiheitsstrafen beträgt rund 1 000 Jahre, im einzelnen 967 Jahre, 7 Monate, 23 Tage Gefängnis und Zwangsarbeit. Zwei Personen wurden zu lebenslänglichem Zuchthaus oder Zwangsarbeit verurteilt. Die Gesamthöhe der Geldstrafen beträgt 1,64 Milliarden und 1 108 069 Franken. Von Haus und Hof vertrieben wurden 75 714 Personen. Im preussischen Einbruch- und Sanitätsgebiet wurden 169 Schulen mit 1 537 Schulklassen für 50 000 Schüler bzw. Schülerinnen beschlagnahmt. Der sachliche Erfolg aller französisch-belgischen Verbrechen ist lässlich. In der Zeit vom 11. Januar bis 30. Juni sind für Frankreich und Belgien insgesamt: 478 700 Tonnen Kohle und 515 200 Tonnen Koks, zusammen 993 900 Tonnen abgefahren worden. Im Monat Dezember 1922 betrug die deutsche Lieferung aus dem Ruhrgebiet 677 425 Tonnen Kohle und 531 310 Tonnen Koks, zusammen 1 208 735

tonnen. Im Januar 1923 bis zum Aufretrönung (d. h. in 10 Tagen) wurden von Deutschland geliefert 214 373 Tonnen Kohle und 195 647 Tonnen Koks, zusammen 410 020 Tonnen. Das ist die knappe Hälfte der in fast 6 Monaten von den Franzosen geraubten Menge Kohlen und Koks.

### Das Bedauern der belgischen Regierung.

Berlin, 11. Juli. Dem deutschen Geschäftsträger in Brüssel wurde eine Note des belgischen Außenministers übergeben, in der erneut das Bedauern der belgischen Regierung über den Ueberfall auf den Gefallenrat angedrückt und weitere Schutzmaßnahmen sowie die Aufnahme der strafrechtlichen Verfolgung der Urheber angefordert wird. Damit dürfte diese Zwischenfall seine baldige befriedigende Erledigung finden. Nach der Meldung eines Brüsseler Blattes sind die Täter inzwischen bereits ermittelt. Es handelt sich um einen Amerikaner und einen Belgier.

### Württembergischer Landtag.

#### Kleine Anfragen.

Auf die Kleine Anfrage des Abg. Vides (D. Sp.) betreffend die Mitführung der Kleinen Regimentsfähnen erwiderte Oberregierungsrat Cloß im Landtag: Dem würt. Staatsministerium ist bekannt, daß das Reichsministerium die Herausgabe der Fahnen von württembergischen Regimentern des alten Heeres zu Gefallenengedenkfeiern in zwei Fällen verweigert hat. Die Fahnen der würt. Truppenteile des alten Heeres stehen im Eigentum des Reichs; verfügungsberechtigt ist das Reichswehrministerium. Das Staatsministerium hat die Ueberlassung der Fahnen zu den Gefallenengedenkfeiern befristet. Das Reichswehrministerium, das schon zahlreiche Gesuche um Ueberlassung von Fahnen zu Regimentsfeiern abschlägig beschieden hatte, weil es einen Mißbrauch der Fahnen nicht in allen Fällen für ausgeschlossen hielt, erklärte aber, daß es an seinem Grundsatz, die Fahnen nicht zu Regimentsfeiern herauszugeben, wegen der zu erwartenden Verurteilungen anderer Landes- teile festhalten müsse, obgleich bei den würt. Verhältnissen ein besonderer Anlaß zur Nichtüberlassung nicht vorliege. Das Staatsministerium ist der Ansicht, daß die Fahnen zu Gedenkfeiern für die gefallenen Helden des Weltkriegs herausgegeben werden sollten, wenn Gewähr für Vermeidung jeden Mißbrauchs gegeben ist.

#### Stuttgart, 11. Juli.

Am Mittwoch begann die Vollziehung des Landtags schon früh um 8.15 Uhr. Zunächst wird der Gesetzentwurf betr. Änderung des Fortstrafgesetzes, das lediglich eine Anpassung an die Geldwertverwertung bedeutet, in sämtlichen drei Lesungen angenommen. Der Entwurf zur vorläufigen Ausführung des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt wird nach erster Lesung zunächst dem Ausschuss für innere Verwaltung überwiesen.

Die Beratung der Gesetzesentwürfe betr. Änderung des Wohnungsabgabegesetzes und betr. Erhebung der Abgabe zur Förderung des Wohnungsbaus im Rechnungsjahr 1923 ergab eine umfangreiche Aussprache.

Berichterstatter ist der Abg. Möhler (S.), der u. a. darauf hinweist, daß der Finanzausschuss an dem letztgenannten Entwurf insofern eine einschneidende Änderung beschlossen hat, als er die Abgabe für Staat und Gemeinden gleichmäßig auf 360 Prozent, zusammen also auf 720 Prozent erhöhte, während die Regierungsvorlage für den Staat 360 Prozent, für die Gemeinden 160 Prozent des Steueranfalls verlangte. Ferner hat der Ausschuss eine Entschärfung beantragt, bei der Regierung erneut und mit aller Entschiedenheit dahin zu wirken, daß diejenigen Neubauten, die vor dem 1. Okt. 1922 bezogen wurden, zur Wohnungsabgabe herangezogen werden.

## Was mein einst war.

### Roman von Fr. Lehne.

(46)

(Nachdruck verboten.)

Mit heischem Blick sah er sie an, daß sie darunter in zorniger Scham erröte. Lächelnd sagte er: „Dann werde ich es dich lehren, liebster Schatz! In wenigen Wochen bist du mein Weib — dann, Erdmüte!“ Wieder zog er sie an sich und küßte sie in heißer, toller Leidenschaft. Einen eigenen Reiz gewährte es ihm, ihre Angst zu sehen; sie war ja so ganz anders als die anderen, die er bisher kennen gelernt!

Ihrer selbst nicht mehr mächtig, brach sie plötzlich in ein kampfhaftes Schluchzen aus. Betroffen ließ er sie. „Was ist dir, Kind?“

Sie antwortete nicht. Er strich ihr über ihr heißes Gesicht.

„Lasse mich!“ rief sie hervor. Sie stampfte trotzig mit dem Fuße auf und wandte sich weg.

Ueberlegen lächelte er. Er konnte ja nicht wissen, was in ihr vorging.

„Warte, du wilde Taube, sei nur erst mein!“ dachte er befreit.

Und Erdmüte war in Verzweiflung. Was sollte sie tun? Konnte, durfte sie Otto von Felsens Frau werden? Unmöglich war es doch! Bei dem bloßen Gedanken schon schauerte sie zusammen. Sollte sie ihn nicht lieber bitten, ihr ihr Wort zurückzugeben, da sie sich in ihren Gefühlen für ihn täuschte? Ehrlich wäre das wenigstens gewesen! Aber auch das war ihr unmöglich! Was hatte sie für Gründe? Niemand hatte sie doch in diese Verlobung hineingezwungen — ihr eigener, freier Wille war es gewesen! Und nur aus Laune einen Skandal hervorzurufen, das würde ihr sonst so gütiger Vater streng verurteilen! Sie hatte gewußt, was sie getan — sie war kein untreuer Backisch mehr, und sie

musste nun ihr selbstgewähltes Geschick auch tragen. Aber daß es ihr jetzt schon so schwer sein würde, hatte sie doch nicht gedacht!

Glanzlos und trübe lag die Zukunft vor ihr. —

Das Stubenmädchen auf dem Schlosse war plötzlich schwer erkrankt und nach Mitternacht ins Krankenhaus gebracht. Da es viel zu tun gab, war ihre Fehlen empfindlich zu spüren, um so mehr, als brauchbarer Ersatz schwer zu beschaffen war.

Erdmütes Jungfer machte den Vorschlag, die Marie Dangelmann, die doch schon einmal auf dem Schlosse gewesen, zur Aushilfe zu nehmen.

Anfangs hatte Erdmüte nichts davon wissen wollen, schließlich aber willigte sie doch ein — aus einem Grunde, über den sie sich im Innersten selbst nicht klar war. —

Voller Beugung verblüdete Marie Dangelmann dem Vater, daß sie auf dem Schlosse eine Aushilfsstelle angenommen. Heimlich beobachtete sie dabei Karl Günther, wos der zu dieser Neuigkeit wohl für ein Gesicht machte. Aber der war ganz gleichgültig, in dessen Jatos Dangelmann gegen Marias Eigenmächtigkeit wetterte, jetzt zu einer Zeit, da die Ernte noch nicht ganz bereit war, fortgehen zu wollen.

„Ich bekomme einen schönen Lohn, Vater, das will ich mir nicht entgehen lassen — und ich brauche mich nicht so zu plagen wie hier! Es ist ja nur auf ein paar Wochen, bis die Fanny wieder aus dem Krankenhaus entlassen wird — Blinddarmentzündung hat sie.“

— und wir können dazwischen hier herumhungen — wer locht uns denn das Essen?“

Marie jubte gleichgültig die Absicht. „Für die kurze Zeit werdet ihr euch schon selber helfen können! Ich lasse die schöne Stelle nicht im Stich — und gerade jetzt, wo bald Hochzeit ist! Am Abend komme ich immer mal her, um nachzusehen.“ fügte sie großmütig hinzu.

„Und wer kümmert sich um die Fanny?“

„Das tue ich, Bauer!“ sagte Karl Günther mit seiner tiefen, ruhigen Stimme. „Es ist eine Kleinigkeit für mich — und für unsern Esen Sorge ich auch! Im Folde hat man das alles gelernt! Ich bitte die Eder-Großmutter, daß sie sich während der Zeit ein wenig um uns Männer kümmert! Dafür helfe ich dem Eder-Bauer am Sonntag; er hatte mich kürzlich gebeten, wenn ich mal Zeit habe — er ist mit seinem Weizen noch zurück. Also unerschrocken kann die Marie ruhig auf das Schloß gehen.“

Schon am nächsten Morgen ging Marie in aller Frühe fort, nachdem sie sich sorgfältig frisiert und angezogen hatte. Sie konnte die Zeit nicht erwarten — kaum, daß sie dem Vater seinen Morgenkaffee noch hingeseht; und Karl Günther kümmerte sie sich gar nicht.

Freundlich wurde sie von Erdmüte Eggersdorf empfangen, die ihr dankte, daß sie zur Aushilfe gekommen Marie künfte. „Ich freue mich, daß Baronesse an mich gedacht hatten.“

„Ihr Vater kann Sie doch entbehren, Marie —? Es ist noch krank?“

„Es geht immer so weiter, Baronesse! Im Hause kann er sich wenigstens behelfen, und Obacht geben kann er auch — und sonst besorgt unser Knecht ja alles.“

Unser Knecht! Wie das aus Marias Munde klang! So herablassend, nichtachtend — und galt dem Manne, an den Erdmüte immerfort denken mußte! Stöhnend überließ es sie — sie preßte die Lippen fest aufeinander, und zwischen den seinen Brauen stand feil eine tiefe Falte. Von einer ungläublichen Bitterkeit war das doch! —

Marie Dangelmann hatte es durch ihr gewandtes und einschmeichelndes Wesen verstanden, sich schnell bei der Dienerschaft beliebt zu machen — gegen alle war sie gewillig und zuvorkommend und bemüht, ihnen Arbeit abzunehmen.

(Fortsetzung folgt.)

Demmann (Soz.) verlangt, daß von den Gemein- den nicht höhere Zuschläge für Instandsetzungsarbeiten und Hypotheken erhoben werden, als rechtmäßig festgelegt ist. Der Redner befürwortet dann die vom Finanz- aus- schuß gebilligten Anträge betr. Wohnungs- und Grundbesitzsteuer und Wohnzwecksteuer, von Ban- ken usw. zum Wohnungsbau; danach sollen Unternehmer der genannten Art verpflichtet werden, bei Räumern für gewerbliche Zwecke, die nach dem 1. April 1923 neu er- stellt wurden, für jeden dritten der von ihnen gegen früher mehr beschäftigten Arbeitnehmer eine Wohnung von drei Zimmern nebst Nebenräumen zur Verfügung der Ge- meinde zu erstellen oder den jeweils hierfür erforderlichen Baukostenbeitrag als Zuschlag zur Wohnungsabgabe an die Gemeinde zu entrichten. Dieser letztere Antrag wurde im Ausschuß angenommen mit einem Zusatzantrag Schoef: „Das Ministerium des Innern kann in beson- deren Fällen Abweichungen zulassen“.

Wider (B.D.): Als Gegner der Wohnungs- zwangs- wirtschaft lehnen wir auch jede Erhöhung der Wohnungs- abgabe ab. Die Erfahrungen haben gezeigt, daß es wohl kaum ein Gesetz gibt, das so nachteilig gewirkt hat, als die künstliche Niedrighaltung der Mieten durch die Woh- nungswirtschaft, die durchaus unsozial ist und wirkt, weil sie nur auf den schäblichsten Besitz, nicht aber auf den beweglichen Besitz, auf die großen Vermögen und Einkommen abgestellt ist. Solange wir die Wohnungs- abgabe haben, werden auch keine Mietshäuser gebaut werden. Die Anträge Demmann lehnen wir ab. Redner begründet dann Anträge auf Aufhebung der Zwangs- wirtschaft.

Züner (Komm.): Die Methode der freien Wirt- schaft hat beim Wohnungsbau ebenso Bankrott gemacht, wie die Zwangswirtschaft, weil es eben unmöglich ist, das bankrotte kapitalistische System wieder aufzurichten.

Minister Holz legte als Minister des Innern die An- tragsigkeit der Behauptung dar, daß mit der Wohnungs- abgabe bis jetzt so gut wie keine Wohnungen haben er- stellt werden können. Seit 1919 seien aus den Er- zeugnissen der Wohnungsabgabe in Württemberg rund fünfzigtausend Wohnungen gebaut worden. Weiter wandte sich Minister Holz gegen die Freilassung der landwirtschaftlichen und gewerblichen Klein- und Mit- telbetriebe von weniger als dreißigttausend Mark Steuer- einschlag mit dem Hinweis, daß der Gebäudesteueranschlag sich im Landesdurchschnitt nur auf 7096 M. belaufe.

Bei der Abstimmung wurden zunächst die Anträge Bod und Gen. (R.) angenommen, die Anträge Bazille und Gen. (B.) abgelehnt und das Gesetz über die Woh- nungsabgabe selbst angenommen. Bei der Abstimmung über das Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaus wurde der grundlegenden Art. 1, der in der vom Ausschuß beschlossenen Fassung die Wohnungsabgabe auf 720 Proz. des Steueranschlags erhöht, abgelehnt. Damit war in zweiter Lesung der wichtigste und wesentlichste Teil dieses Gesetzes gefallen. Ob der Landtag in der dritten Lesung seinen Beschluß noch umsetzen wird, bleibt abzuwarten.

Nach der Erledigung der Wohnungsabgabe kommt am Donnerstag das Landessteuergesetz zur Beratung.

### Stuttgart, 12. Juli.

In der Donnerstagssitzung des Landtags wurde zu- nächst der Abg. Tangel (Ztr.), Schultheiß in Kempten, der als Nachfolger des verst. Abgeordneten Graf in den Landtag eintritt, für legitimiert erklärt.

Die beiden Gesegenswürfe betr. die Wohnungs- abgabe wurden für die Freitagssitzung zurückgestellt. Bei der zweiten Beratung des Gemeindeförderungsgesetzes kam es zu einer längeren Debatte über die Warenhaussteuer, deren Wiedereinführung von der Rechten beantragt wor- den war, während der vorliegende Entwurf auf dieselbe verzichtet hatte. Minister Dr. Schall wies gegenüber diesem Antrag auf den minimalen Beitrag der Waren- haussteuer hin, der im Jahr 1913 in den sieben Städten nur die Höhe von im Ganzen 22163 M. erreichte. In der namentlichen Abstimmung über diesen Antrag wurde derselbe mit 45 gegen 29 Stimmen abgelehnt; da- für stimmten Bürgerpartei und Bauernbund und vier Zentrumsabgeordnete. Die Baulandsteuer wurde nach der Regierungsvorlage, also mit einem Steuersatz von 0,5 Prozent von dem gemeinen Wert des in Betracht kommenden Grundstückes, angenommen. Gegen diese Steuer stimmte nur die Rechte sowie die Deutsche Volkspartei. Ein Antrag des Abg. Winkler (Soz.), die Baulandsteuer in Höhe von 5 Prozent, also dem zehnfachen des Regie- rungsvorschlages, zu erheben, fand keine Mehrheit. Ohne erhebliche Erörterungen fand Zustimmung die Einwoh- nersteuer, sodann auch die Fremdenwohnsteuer, die nach dem Entwurf der Regierungsvorlage bis zu 30 Prozent des Mietentgelts erhoben werden kann. Was die Ver- zinsungssteuer anbelangt, so wurde in einer vom Abg. Winkler beantragten und vom Berichterstatter Schoef unterstützten Entschließung beschlossen, daß politische Ver- sammlungen und auch gewerkschaftliche, soweit sie wirt- schaftlichen Zwecken dienen, von der Vermögenssteuer befreit sein sollen. Zu Art. 20 betr. die Hund- steuer beantragte das Zentrum eine Verdoppelung der von der Regierung vorgeschlagenen Steuerhöhe, man einigte sich dann aber auf einen Kompromißvorschlag, der die Höhe der Regierungsvorlage auf das 1/2fache er- höhte. Die von der Rechten beantragte 50prozentige Ermäßigung fand keine Mehrheit. Bei den Getränke- steuern, die vom Ausschuß gleichfalls gestrichen worden waren, wurde eine Wiederherstellung der Regierungsvorlage beschlossen, und zwar mit dem Zusatz, daß der im eigenen Haushalt verwendete Obstmost steuerfrei blei- ben soll, wie auch die Mineralwasser und die künstlich hergestellten alkoholfreien Getränke. Zum Schluß wurde dann auch noch die Gassteuer angenommen. — Freitag Fortsetzung.

## Aus Stadt und Land.

Münster, 13. Juli 1923.

— Zur tropischen Hitze. In Süddeutschland hat die große Hitze nachgerade tropische Zustände ange- nommen. Am 10. Juli erreichte die Höchsttemperatur in Stuttgart Tal volle 34 Grad im Schatten. Der 10. Juli war dadurch nicht nur der heißeste Tag der seit- herigen Julitage, sondern auch der bisherigen warmen Zeit des Jahres. Da die Hitze auch am 11. Juli der des Vortags nicht zurückstand, ja sie noch zu überreffen schien, so konnte am 11. Juli heuer der 16. Sommer- tag gezählt werden. Der Donnerstag fand an schwü- lere Temperatur dem Mittwoch noch über. Doch machte sich bereits Gewitterbildung bemerkbar.

— Neue Erhöhung der Postgebühren. Ab 1. August werden die Postgebühren im allgemeinen um das 1/2- fache erhöht. Der Reichstagsausschuß für Post- und Telegraphenwesen erteilte in einer Entschließung dem Reichspostministerium die Vollmacht, ab 1. September abermals eine Verdoppelung sämtlicher Gebühren vor- zunehmen.

— Postüberwachung in Wiesbaden. Die Absender von Briefen usw. werden darauf aufmerksam gemacht, daß von der französischen Besatzungsbehörde in Wies- baden wieder eine Prüfungsstelle für den Briefver- kehr nach und aus dem besetzten Gebiet eingerichtet worden ist.

— Erhöhung der Getreidepreise — neue Steigerung der Brotpreise. Mit Wirkung vom 23. Juli wird der Abgabepreis der Reichsgetreidestelle für das von ihr an die Kommunalverbände zur Marktbrotverforgung durchschnittlich 2,4 Milliarden Mark erhöht werden. Gekleberte Getreide von 800 000 M. für die Tonne auf Die Erhöhung war erforderlich wegen der sich durch die Markterwertung immer mehr steigenden Verluste der Reichsgetreidestelle, die auch mit der neuen Maßnahme noch bei weitem keine volle Deckung findet. Die Heraus- hebung des Abgabepreises wird auch eine Steigerung der Brotpreise naturgemäß zur Folge haben, die man etwa auf durchschnittlich das Doppelte der bisherigen Preise annehmen kann.

Stuttgart, 11. Juli. (Genehmigung für Grundstücksverkäufe in den Städten.) Das k. Staatsministerium hat den Entwurf eines Ge- setzes über den Verkehr mit städtischem Grundbesitz fer- tigestellt. Der Entwurf bezweckt, die Gefahren, die der freie Grundstücksverkehr für das Gemeinwohl mit sich bringt, durch Einführung behördlicher Genehmigung für die Veräußerung städtischen Grundbesitzes abzuwenden. Zuständig zur Genehmigung soll das Oberamt sein, das regelmäßig zuvor den Gemeinderat zu hören hat. Das Gesetz soll für alle seit dem 1. Juli 1923 abgeschlos- senen Rechtsgeschäfte gelten. Es soll mit dem 1. April 1927 wieder außer Kraft gesetzt werden.

Familiendrama. In einem Hause der Kpler- straße erlosch ein 29 Jahre alter Reisender, der an einer unheilbaren Krankheit litt, in Abwesenheit seiner Ehe- frau und seines ältesten Kindes zunächst seinen schla- fenden drei Jahre alten Sohn und hierauf sich selbst.

Das Urteil im Prozeß Lehrenkrauß. Nach zweijähriger Verhandlung vor der Obersterkammer wurde das Urteil gegen die Inhaber der bekannten Kolo- nialwarenhandlung Lehrenkrauß verkündet. Der jüngere Bruder Erich Lehrenkrauß ging straffrei aus, während Robert Lehrenkrauß nur wegen unerlaubten Großhandels mit Kaffee zu einer Geldstrafe von 1 Million Mark verurteilt, von der Anklage der übrigen Vergehen aber frei- gesprochen wurde.

Oberdorf, 11. Juli. (Aufgebecker Dieb- stahl.) Der auf dem Schloß Lichtenegg verübte große Silberdiebstahl konnte aufgeklärt und die gestohlenen Stücke bis auf zwei wieder beigebracht werden. Zwei Ar- beiter aus Rotweil und Schwemningen hatten den Ein- bruch verübt und das Silber gegen Fahrräder um- getauscht.

Münzelsau, 11. Juli. (Seminarjubiläum.) Das Lehrerseminar beging die Feier des 50jährigen Be- stehens unter harter Teilnahme der Lehrer aus allen Teilen Württembergs und der städt. Bevölkerung. Die Wünsche des Kultusministeriums übermittelte Ministerial- rat Brauer und Präsident Dr. Reindl. Studiendirektor Lic. Schott hielt die Festrede, an die sich die Gedäch- nisfeier für die gefallenen Lehrer und Jünger anknüpfte. Musikalische Darbietungen bildeten den Abschluß der schönen Feier.

Stuttgart, 12. Juli. (Der Dank Hessens.) Aus Anlaß der Unterbringung von vertriebenen Eisenbah- nern des rheinischen Gebiets in Württemberg und des Empfangs, der den Flüchtlingen in Stuttgart bereitet wurde, hat der hessische Staatspräsident an den Staats- präsidenten Dr. Pieber, an die Reichsbahndirektion Stutt- gart und das Rote Kreuz warme Danktelegramme ge- sandt.

Feste bringen Geld. Das Amerikanerfest im Stadtgarten brachte den hohen Betrag von 27,8 Mil- lionen Mark ein, der Oberbürgermeister Dr. Lautenschlä- ger übergeben werden konnte.

Heilbronn, 12. Juli. (Schadenfeuer.) In einem Lagergebäude der Firma Hammerberger u. Co. brach am Dienstagabend Feuer aus, das in den aufgeschichteten Häusern und Packmaterialien reiche Nahrung fand. Nach mehrstündiger Arbeit gelang es der Feuerwehr, den Brand auf seinen Herd zu beschränken. Der Schaden ist sehr beträchtlich.

Protest der Tabakwarenhändler. Die auf allen Teilen Württembergs besuchte öffentliche Protestver- sammlung des Vereins Deutscher Zigarrenladen-Inhaber Württembergs besahe sich erneut mit der verzweiflungs- vollen Kollage im Tabakwarenhandel infolge der be- drückenden Form der Kleinverkaufsbanderole. Sie er-

hebt vor allem Einspruch gegen die sogen. Zusatzbande- role, die sie als unberechtigte und unmoralische Vergewal- tigung eines einzelnen Erwerbsstandes mit aller Ent- schiedenheit verwirft. Von der Beseitigung dieser „Nach- banderole“ hängt die Existenzmöglichkeit des gesamten Tabakwarenhandels ab. Bis zu diesem Zeitpunkt erhebt der württ. Tabakwarenhandel Anspruch darauf, daß seine mit gutem Marktwert bezahlten Steuerzeichen gemäß den amtlichen Indizes bewertet werden. Sie wies sich damit in Übereinstimmung mit den beim RM selbst in eigenen Angelegenheiten geübten Gepflogen- heiten. Die eintägige Schließung der württ. Zigarren- geschäfte soll den Reichs- wie Landesbehörden sowohl die verzweifelte Stimmung wie auch den festen Willen des gesamten Tabakwarenhandels bekunden, seinen Weg un- verändert zu lassen, die Anerkennung der Gleichberechtigung mit andern Erwerbsständen zu erzwingen.

Heilbronn, 12. Juli. (Vater und Sohn.) In das Krankenhaus wurde ein anfangs der 20er Jahre stehender Mann aus Bödingen eingeliefert, dem bei einem häuslichen Streit von seinem Vater mit einem Messer der Bauch aufgeschlitzt war, so daß alsbald eine Operation notwendig wurde. Der Vater, Bauunternehmer H., gibt an, daß er von seinem Sohne mit einem Holzbeil bedroht und somit in Notwehr gehandelt habe.

## Letzte Nachrichten.

### Englands Stellungnahme zur Ruhr- und Reparationsfrage.

London, 12. Juli. (Vormittag.) Ministerpräsi- dent Baldwin stellte heute im Unterhaus mit Großbritannien habe die Alliierten dahin informiert, daß es bereit sei, die Verantwortung für die Vorbereitung des Entwurfs einer Antwort auf die deutsche Note zu übernehmen. Die Antwort solle den Alliierten zur Kommentierung unter- breitet werden. Baldwin sprach die Hoffnung aus, daß man hinsichtlich der Fassung der Antwort zu einer Einigung gelange. Die in der deutschen Note enthaltenen Vor- schläge — ob sie nun angenommen würden oder nicht — dürften nicht ignoriert werden. Baldwin wies nachdrücklich auf die wirtschaftlichen und die anderen Gefahren der jetzigen Lage hin und erklärte, eine Ruhrbesetzung von un- bestimmter Dauer für eine recht bedauerliche Erscheinung, für die sobald wie möglich ein ehrenhafter Abschluß ge- funden werden müsse.

London, 12. Juli. (Unterhaus.) In Erwartung der wichtigen Erklärung Baldwins waren das Haus und die Gesandtschaften nicht besetzt. In der Diplomatenloge saßen zahlreiche Botschafter u. Gesandte, darunter der deutsche Botschafter Dr. Schamer und der französische Botschafter Et. Aulait, anwesend. Der Premierminister verlas seine Erklärung in Erwiderung einer Anfrage des Führers der Opposition, Ramsey MacDonald. Seine Ausführungen wur- den häufig durch lebhafteste Reaktionen der Zustimmung und scharfe Rufe besonders von Seiten der Oppositionsparteien unterbrochen. Seine Schlussworte, daß die britischen Vorschläge kein anderes Ziel verfolgten als die Befriedigung Europas und die Wiederherstellung der erschöpften Welt erzielten stürmischen Beifall. Außer den bereits gemeldeten Ausführungen erklärte Baldwin u. a. noch: Wir sind fest überzeugt, daß die Methoden, die nur zum Ruin Deutsch- lands führen können, für England, für seine Alliierten und für ganz Europa verhängnisvoll sein würden. Wir waren uns von Anfang an klar, daß die Befestigung des Ruhrge- biets nicht geeignet ist, den Höchstbetrag an Reparationen für die Alliierten einzubringen. (Beifall.) Im Januar mach- ten wir in Paris ein Angebot, das wir als eine sehr groß- mütige Regelung betrachteten, um etwas zu verhindern, was wir für eine Wirtschaftskatastrophe hielten. Dieses Angebot wurde von unseren Alliierten verworfen. Seitdem standen wir beiseite, besetzt von dem Geiste aufrichtiger Loyalität für die Allianz, die unseres Erachtens die Hauptbedingung für den europäischen Frieden war und ist. Viele damals vorausgesehenen Folgen treten heute in die Erscheinung. Die Alliierten erhalten weniger an Reparationen als vor der Be- setzung (hört, hört bei der Opposition) und was sie erhalten, wird eingesetzt, um den Preis der zunehmenden Zerfall des deutschen Wirtschaftssystems mit der Aussicht auf den vollstän- digen Zusammenbruch dieses Systems in Zukunft. (Hört, hört!) Die Einwohner der betroffenen Gebiete sind in vielen Fällen schweren Leiden ausgesetzt und es besteht die ernste Be- sorgnis einer Lebensmittelknappheit. In dem Maße, wie die produktive Kraft Deutschlands erschöpft wird, schwindet die Möglichkeit der Wiederherstellung seines Kredit und der Bezahlung seiner Schulden in eine ungewisse Zukunft. Den Preis für diesen Stand der Dinge bezahlt jedes europäische Land, das ein Land mit dem Schanzen seiner Wirtschaft, ein anderes mit der Abnahme seines Handels, ein drittes mit zunehmender Arbeitslosigkeit. Es ist keine Übertreibung, wenn man sagt, daß die Wiederherstellung der Welt in Ge- fahr ist und daß der Frieden, für den so große Opfer ge- bracht wurden, auf dem Spiele steht. — Nachdem Bal- win die Rede beendet hatte, sprach Ramsey MacDonald die Hoff- nung aus, daß die Bemühungen des Premierministers von Erfolg gekrönt sein werden. Er stellte mehrere ergänzende Fragen, die der Premierminister wie folgt beantwortete: Die Angelegenheit der Antwort auf die deutsche Note wird so- fort in Angriff genommen werden. Was die Erörterung im Unterhaus betreffe, so hoffe er, daß sich dazu Gelegenheit bei der zweiten Lesung der Consolidated Funds-Bill finden werde. Die dritte Anfrage MacDonalds, ob die Regierung beabsichtige ihre Antwort für diesen Fall zur Information der Vereinigten Staaten zu übersenden, dat Baldwin auf morgen zu verlagern.



## Handel und Verkehr.

Die amtlichen Zevisen für Donnerstag.  
Die Notierungen sind in Berlin u. Frankfurt dieselben.  
Dollarkurs: 186532 G., 187408 Br.

Amsterdam 72817 G., 73182 Br.  
Brüssel 9326 G., 9373 Br.  
Christiania 30324 G., 30476 Br.  
Kopenhagen 32817 G., 32982 Br.  
Stockholm 49476 G., 49724 Br.  
Italien 8032 G., 8080 Br.  
London 857850 G., 862150 Br.  
Paris 11132 G., 11188 Br.  
Schweiz 32518 G., 32684 Br.  
Spanien 26932 G., 27067 Br.  
Deutsch-Oesterreich 266 G., 267 Br.  
Prag 5661 G., 5694 Br.

Weitere Stützungsmaßnahmen für die Mark. Im Finanzministerium hat eine Besprechung zwischen dem Ressortleiter und Finanzminister Dr. Hermes stattgefunden, in der besonders die deutschen Währungsverhältnisse zur Sprache kamen. Es wurde eine ganze Reihe von neuen Maßnahmen zur Stützung der Mark beschlossen, die bereits in nächster Zeit zur Ausführung kommen sollen. Es sei jedoch vorläufig nicht beabsichtigt, diese Maßnahmen im Wege einer neuen Verordnung durchzuführen. Es dürfte sich eher um eine technische Ausgestaltung auf der Basis bereits bestehender Verordnungen handeln.

22 Billionen schwebende Reichsschuld. In der letzten Junidecade betrug die Einnahmen des Reichs 155 Milliarden Mark, die Ausgaben 7,8 Billionen. Damit erhöhte sich die schwebende Schuld um 7,6 auf 22 Billionen Mark. Nur 2 Prozent der Ausgaben sind durch Einnahmen gedeckt.

Stuttgarter Schlachtwirtschaft vom 12. Juli. Dementselben waren zugetrieben: Ochsen 106, 42 Bullen, 310 Jungbullen, 205 Jungkühe, 310 Kühe, 354 Kälber, 578 Schweine und 32 Schafe, die sämtlich verkauft wurden. Verlauf des Marktes: mäßig belebt, Kälber und Schweine lebhaft. Erhielt wurde aus 1 Std. Lebendgewicht (in Tausend): Ochsen I. 19-21 Mk., II. 16,5-17,5; Bullen I. 18,5-20, II. 16-18; Jungbullen I. 20-22, II. 17,5-18,5, III. 14-16; Kühe I. 16-18, II. 12-15, III. 9,5-11; Kälber I. 26-27, II. 23-25, III. 21-22,8; Schweine I. 28-29, II. 26-27, III. 22-25; Hammel geschlachtet 25-27.

Weit der Stadt, 11. Juli. (Schweinemarkt.) Die heutige Zufuhr bestand aus 6 Stück Käufer und 32 Stück Milchschweinen. Gefordert wurde für Käufer 1,2 Mk. Mark, Milchschweine 2. Sorte 750-800 000 Mk. das Stück. Infolge der hohen Forderung verhielten sich Käufer zurückhaltend. Handel ruhig.

### Naturnatürliches Wetter.

Der Hochdruck hat sich noch verstärkt, doch haben sich auch die Gewitterhaften Störungen vermehrt, so daß weiterhin schwüles, warmes Wetter mit örtlichen Gewitterbildungen zu erwarten steht.

Für die Schriftleitung verantwortlich: Ludwig Kauf.  
Druck und Verlag der W. Ricker'schen Buchdruckerei Altensteig.

## Ämtliche Bekanntmachungen.

In Herrenberg findet am 16. Juli ds. Js. ein Vieh- und Krämermarkt statt. Die Bedingungen hierfür können auf dem Oberamt eingesehen werden.

Ragold, den 11. Juli 1923. Oberamt: R a n g.

### Baumwarterversammlung.

Am Sonntag, den 15. Juli ds. Js. nachm. 1 Uhr findet in Ragold eine Baumwarterversammlung statt.

Tagesordnung: 1. Demonstration im Sommerchnitt der Spalere, Besichtigung von Baumschulen und Obstanlagen. Anschließend Versammlung im Keller. 2. Bericht über die stattgefundene Baumwarterversammlung in Holzgerlingen. 3. Gemeinsame Beschaffung von Post, Baumwachs usw. 4. Bekämpfung der Obstschädlinge. 5. Verschiedenes und Anträge.

Zusammenkunft präzis Sonntag, den 15. Juli nachm. 1 Uhr im Keller in Ragold.

Ragold, den 10. Juli 1923. Oberamt: R a n g.

### Forstamt Pfalzgrafenweiler.

## Das Sammeln von Heidelbeeren

In den Staatswaldungen ist bis Dienstag, den 17. Juli einschließlich, verboten, von da ab von morgens 7 Uhr bis abends 6 Uhr gestattet.

Reuter.

Dasselbe gilt für die Gemeinde- und Privatwaldungen von

### Grömbach.

Schultheißenamt: R a n g.

### Forstamt Hoffelt.

In den Staatswaldungen ist das Sammeln von

## Heidelbeeren

vor dem 23. Juli, mit dem Rest vor dem 16. August u. das Sammeln von Preiselbeeren bis auf Weiteres

bei Strafe verboten.

## Ueberberg.

## Das Sammeln von Waldbeeren

aller Art in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen ist für Auswärtige

bei Strafe verboten.

Den 10. Juli 1923. Gemeinderat.

### Gemeinde Ettmannsweller.

## Das Sammeln von Beeren

jeder Art ist in den hiesigen Gemeinde- und Privatwaldungen

bei Strafe verboten.

Im Verletzungsfall werden die Beeren abgenommen.

Gemeinderat.

### Garrweiler.

## Das Sammeln von Beeren

aller Art ist in den hiesigen Gemeinde- u. Privatwaldungen

verboten.

Erlaubnis ist einzuholen von der Gemeinde und Privaten.

Zwischenhandlungen werden unnahefährlich bestraft.

Gemeinderat.

Schwarzw.  
Berein  
Altensteig.  
\*  
Sonntag, den  
15. Juli

## Tageswanderung

Kälberbrunn - Pfalzgrafenweiler. Abgang 7 Uhr vorm. vom Stadtpark.

Der Vorstand.

## Hirsch-Café

Täglich Vanille- und Fruchtis

## Hirsch-Café

## Brennholz

aller Art  
sowie

## Stockholz

kauft zu höchsten Preisen

Karl Rometsch  
Holzhdlg. - Wübbad.

Altensteig.

Prima

## Bremfenöl

in Flaschen,  
sowie beste

## Fliegenfänger

empfehlen

Fritz Bühler jr.

Altensteig.

Ein tüchtiger

## Pferdeknecht

findet bei hohem Lohn sofort Stelle.

H. Schr.

## Lehrverträge

sind vorräthig in der W. Ricker'schen Buchhandlg.

Altensteig.

### Schützengilde.

Sonntag abend  
von 6 Uhr ab  
Schießen.

Schützenmeister

Am nächsten Sonntag

## Hunde- börse



bei  
Walg z. Adler  
Waldorf.

Altensteig.

Einen neuen

## Leiterwagen

mit 35 Bkr. Tragkraft u. ein

## Break

hat zu verkaufen

Hans Bäckerle  
Wagenbau.

Ein fließiges, ordentliches

## Dienst- mädchen

in gu'ten Haushalt per sofort  
gesucht.

Robert Rischer  
Wirtschaftsfabrikant  
Wörzheim  
Ebersteinstr. Nr. 16.

Wegen Erkrankung der seit-  
herigen suche sofort oder  
später eine

tüchtige

## Magd

für Landwirtschaft.

Jakob Luz  
Rohrborf.

Altensteig.

Eine gute, neuweilige

## Kuh



sucht sofort zu kaufen

H. Schr.

## Altensteig-Genossenschaft.

Zu unserer morgigen Samstag Mittag 1/3 Uhr  
in der Methodisten-Kapelle in Altensteig  
findenden

## Trauung

haben wir Verwandte und Bekannte herzlich ein

Wilhelm Ziegler

und seine Braut

Anna Rirn.

## BERNECK.

Auf SONNTAG, den 15. Juli laden wir die verehr-  
ten Altersgenossen und -Genossinnen von hier und  
Umgegend zur

## 20er-Feier

im Gasthaus z. Rösle hier freundlichst ein.

MEHRERE ZWANZIGER.

## Spielberg.

Wegen Geschäftsaufgabe bringe ich gegen Verzählung  
morgens Samstag, den 14. Juli, nachm. 1/2 Uhr

## zur Versteigerung

mein gesamtes Warenlager in

## Kurz-, Weiß- u. Wollwaren

hauptsächlich Kinderwäsche u. Kleider, Woll-  
waren aller Art, Handschuhe für Kinder und  
Erwachsene, Damengürtel, Hosenträger, Regen-  
u. Leibschürzen, Festschuhe, sowie einen Vorrat  
eingeflochtene Korbfächer von 3, 5, 10 und  
25 Liter u. s. w. Anschließend hieran kommen noch

sämtliche Labeneinrichtungs- Gegenstände  
Stell. Warenschrank mit Glasauszug, auch als  
Küchenschiff geeignet, eine Postreppentreppe, Wagt  
mit Gewicht, Essig-f. Kartenständer u. s. w.  
zum Verkauf.

Karl Schäfer.

## Medizinalweine und Medizinalsekt

Garantirt in Krankenwein  
Echten Ungar-Rotwein  
in Medizinalsekt  
in Goldmalaga

erhalten Sie in jeder Menge zu selten günstigen  
Preisen bei

Apotheker Jos. Englert  
Schwarzwald-Drogerie, Altensteig.

## Zwerenberg.

## Heidelbeeren

nimmt jeden Tag an, zu den höchsten Tagespreisen.  
Dennemarsh.

Verkaufe von heute an fort-  
während schöne, starke

## Milchschweine

in meinem Stall.

Widmann, Altmühle.

Altensteig.

## Pergamentpapier

zu Einmachzwecken

empfehlen die

W. Ricker'sche Buchhandlung.